

Edda Groth

Von der Kirche zum Kommunismus



Edda Groth

Von der Kirche zum Kommunismus

Fromm und antifaschistisch

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins bestand nach 1945 - anders als heute, wo sie zu einer „Nordkirche“ mit Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammen geschlossen ist - aus Teilen des Bundeslandes nördlich der Elbe. Aber auch sie war kein einheitliches Gebilde, sondern enthielt aus der dänisch-deutschen Geschichte erwachsene Teile mit je einem Bischof in Kiel und Schleswig, einem Landespropsten in Südholstein und zwei eigenständigen Kirchen Eutin und der Hansestadt Lübeck mit ebenfalls eigenen Bischöfen. Die Hamburger Randgebiete Altona und Bramfeld gehörten ihr ebenfalls an, während der Stadtkern Hamburgs eine eigene Kirchenorganisation bildete. Die Kirche war eingeteilt in Propsteien (meist den politischen Kreisen angepasst) mit einem Propsten als Vorsitzenden und diese wiederum in örtliche Kirchengemeinden und Kirchspiele (Zusammenschlüsse mehrerer Orte und Gemeinden) mit einem oder mehreren Pastoren.



1956 gründete ich im Dorf Rederstell eine Jungschargruppe der Evangelischen Jugend, hier bei einem Ausflug durch Dithmarschen.

In diese Kirche wurde ich, Edda Groth, in dem kleinen Dorf Rederstell im Kirchspiel Tellingstedt in Dithmarschen hineinge-boren und getauft, 1939, als der Krieg begann. Als er endete, zogen die Flüchtlingsströme aus Pommern und Ostpreußen in unser Dorf ein, verdoppelten seine Bewohnerzahl und füllten die einklassige Volksschule. Zwischen den Flüchtlingen und den Alteingesessenen - meist kleine selbständige Bauern - gab es naturgemäß vielfältige Konflikte (z.B. war es verpönt, als Einheimischer einen Flüchtling zu heiraten), aber auch bereitwillige Unterstützung. Meine Eltern gehörten zu den letzteren und lehrten mich früh, fremde Menschen aufzunehmen und als FreundInnen zu gewinnen, sowie Interesse an anderen Lebensweisen und Kulturen zu finden. Die noch vorwiegend auf Handarbeit ausgerichtete Landwirtschaft profitierte im Übrigen davon, weil sie die zahlreich angebotenen Arbeitskräfte gut nutzen konnte: Gemeinsam hackten wir die Rübenfelder und sammelten Kartoffeln. Ab den Fünfziger Jahren verließen die Flüchtlinge Rederstell, zogen als Handwerker in die umliegenden größeren Orte und Städte oder zur Industriearbeit ins Ruhrgebiet. Von nun an wurde die Landwirtschaft zunehmend mit Maschinen versehen: mit Treckern, Mähdreschern und Autos.

Nachdem die Katholische und mehr noch die Evangelische Kirche im Faschismus in Deutschland durch Stillhalten und Mitmachen geprägt war, versuchten nach 1945 einzelne „mutige“

Pastoren und Gemeindegliederinnen, diese Zeit des Terrors kritisch aufzuarbeiten. Als ich in der Kreisstadt Heide wohnte, um dort an der Oberschule das Abitur zu machen, und gleichzeitig an der dortigen Evangelischen Jugend teilnahm, konnte ich erfreulicherweise diese politische Richtung der Nachkriegszeit kennenlernen, z.B. durch einen Besuch im Konzentrationslager Bergen-Belsen.

Eine Predigt zum Reformationstag und das Vorbild Albert Schweitzers überzeugten mich davon, dass ich in die Mission gehen und den armen Menschen in aller Welt helfen sollte. Kurzum - ich verband soziales Engagement mit antifaschistischem Denken und wachsender Frömmigkeit. In Familie, Dorf und Dithmarschen auf jeden Fall die Ausnahme, weil ihre Mitglieder die Kirche eher nur traditionell für Amtshandlungen und beim Erntedankfest nutzen und über die faschistische Vergangenheit eher nicht gesprochen wurde. Ich musste also, wollte ich mir als Minderheit Anerkennung verschaffen, schon früh entschlossen für meine individuelle Überzeugung eintreten. Noch heute bescheinigen die Leute mir, ich sei schon als Kind „sehr streitbar gewesen“.

Frauen erobern das Pastorenamt

1959 begann ich mit dem Studium der Theologie. Obwohl oder vielleicht gerade weil es damals in allen evangelischen Kirchen in Westdeutschland noch kein voll anerkanntes Pastoren-Amt für Frauen gab. Frauen, die selbständig eine Kirchengemeinde verwalteten, waren damals für viele Lutheraner nicht vorstellbar. Seit mehr als einem Jahrzehnt - eigentlich schon seit Beginn der feministischen Bewegung Anfang des Jahrhunderts - hatten sich Frauen auch in Schleswig-Holstein dafür eingesetzt, diesen Zustand zu ändern. Die Entscheidung, ob sie zum Pfarramt zugelassen würden, hatten die jeweiligen Landeskirchen zu treffen.

Neben dem Studium an der Theologischen Hochschule Neuendettelsau und den Universitäten in Göttingen, Heidelberg, Erlangen und Kiel beteiligte ich mich daher selbstverständlich an den regelmäßigen Treffen derjenigen Frauen der Kirche im Norden, die endlich gleichberechtigt ihren theologischen Beruf ausüben wollten. Die Argumente des erklärten Gegners einer solchen Frauenordination, Bischof Hübner in der Kirchenleitung in Kiel, und vieler anderer Männer der Kirche, sind mir bis heute lebhaft in Erinnerung geblieben, zumal sie bis dato ebenso im katholischen und inzwischen auch im islamischen Bereich wiederkehren und einer gewissen Absurdität nicht entbehren.

Paulus hat im Neuen Testament geschrieben: „Die Frau schweige in der Gemeinde“. Diese konkrete Anweisung in einer der frühen christlichen Gemeinschaften - die heute übrigens von einigen Theologen für „unpaulinisch“ gehalten wird - wurde zum Kernargument gegen eine volle Anerkennung von Frauen auf der Kanzel. Konnte denn eine - am Ende gar schwangere Frau und Mutter diesen Dienst ordentlich versehen? „Stellen Sie sich vor, sie riecht nach Sauerkraut, wenn sie zuvor das Mittagessen vorbereitet hat...“ Naturgemäß steht hinter solchen Fragen immer noch die alte Vorstellung von der kultischen und körperlichen Unreinheit einer Frau. Und könne man dies einer Evangelischen Gemeinde von heute zumuten? - angeblich war die Kirchenbasis immer konservativer als die Kirchenoberen. Auf meine provokative Frage an den Kirchenrat Schmidt bei einem Treffen von Theologiestudenten, was die Kirche denn täte, wenn wir Frauen wegen der

inzwischen verfassungsrechtlich abgesicherten Gleichberechtigung beim Bundesverfassungsgericht die Anerkennung als Pastorinnen einklagen würden, war seine lapidare vorwurfsvolle Antwort: „Wenn Sie das denn Ihrer Kirche antun wollen!“

Wir wollten! Aber während des Jahrzehnts meines Studiums zwischen 1959 und 1967 änderten sich allmählich auch die Meinungen der Wissenschaftler der Evangelischen Theologie und die Mehrheiten innerhalb des kirchlichen Apparates. Als ich 1967 das Vikariat, die praktische, pädagogische und soziologische Ausbildung für den kirchlichen Dienst, mit dem 2. Examen in Kiel abschloss, wurde erfreulicherweise gerade das Gesetz verabschiedet, in dem den Theologinnen in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Schleswig-Holstein die volle Ordination zugestanden wurde. Mit einer einzigen Ausnahme: Wenn eine Pastorin heiratete, durfte der Bischof gegen ihre weitere „Verwendung“ ein Veto einlegen - womit ganz unreformatorisch eine Art katholischer



Die erste Frauen-Ordination der Evangelisch-Lutherischen Kirche Schleswig-Holsteins fand 1967 statt. Ein Jahr darauf war meine feierliche Einführung in die Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld.

Ehelosigkeit provoziert wurde. So kam es, dass ich - frisch vom Studium - zusammen mit einer bereits seit Jahren tätigen Kollegin 1967 in Pinneberg als erste Pastorin der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche von Landespropst Hasselmann für ein vollständiges Pfarramt ordiniert wurde - unter der regen Anteilnahme von Presse und Öffentlichkeit.

Die 68er in Hamburg

Ich erhielt eine Stelle als Pastorin an der Simeon-Kirchengemeinde in Hamburg-Bramfeld mit wohl insgesamt ca. 50.000 Gemeindegliedern, in der außer mir drei weitere Pastoren tätig waren. „Unter vier Pastoren eine Frau ist für die Kirche ein Vorteil“, sagte mein Kollege Steenbock. Ein Kind soll nach dem ersten Kindergottesdienst etwas überrascht zu seiner Mutter gesagt haben: „Der liebe Gott war heute nicht da, aber seine Frau.“ Damit war das Thema „Frau auf der Kanzel“ in den folgenden Jahren eigentlich erledigt. Auch bei den angeblich bibeltreuen konservativen Gemeindegliedern haben sich dazu keine Gegner mehr finden lassen.

Dafür gab es aber bald andere neue Konflikte und Auseinandersetzungen im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland. Und ich selbst erfuhr einen neuen emanzipatorischen Schub. Zunächst etwas verblüfft sah ich bereits in den ersten Tagen meines Dienstes in Hamburg am Dammtor eine Demonstration um die Ecke kommen, deren Teilnehmer lauthals „Ho-Ho-Ho Chi Minh“ skandierten und gegen den von den USA begonnenen Vietnamkrieg demonstrierten. Auf Veranstaltungen erfuhr ich mehr davon. Die 1968er Jahre waren in Westdeutschland bekanntermaßen geprägt von starken sozialen und politischen

Bewegungen, die, zunächst von Studenten und Schülern begonnen, bald die Betriebe und Gewerkschaften erfasste und überall in Versammlungen und auf der Straße ein offenes Ohr fanden: Dass die „Proleten“, besonders aber die Frauen in den Fabriken, durch niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen ausgebeutet wurden, dass der Hunger in der Welt seine Ursache in der Ausplünderung der Völker der Dritten Welt durch die reichen Industrieländer habe und dass Revolutionen in der Sowjetunion, Kuba und China erreicht hatten, dass dort die schreckliche Armut beseitigt und eine neue bessere Welt ermöglicht worden sei.

Darüber wurde endlich öffentlich diskutiert. Wenn auch die Menschen über die richtige „Richtung“ dieser neuen Politik sehr geteilter Meinung waren und die verschiedensten Gruppen, Zellen, Fraktionen und Parteien hervorbrachte, ich machte mir die Anliegen der Protestbewegung nach und nach zu eigen. Vielen dieser Forderungen nach Gerechtigkeit in einer neuen Welt konnte ich als Christ, Frau und Mensch nur zustimmen. Durch neue Kontakte fand ich bald auch neue FreundInnen und UnterstützerInnen, so z.B. bei den Theologiestudenten der Universität Hamburg. Ein Glück, dass ich gerade in dieser Weltstadt Hamburg meine Anstellung gefunden hatte, wo man beispielsweise auf ein chinesisches Schiff gehen und dort „Die Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“ geschenkt bekommen konnte. Die Parole der chinesischen Kulturrevolution „Rebellion ist gerechtfertigt“ wirkte in der konservativ erstarrten BRD wie eine Befreiung und stellte die Autoritäten aller Institutionen in Frage.

Das ist ja zum Talar ausziehen!

Ich war an der Simeon-Gemeinde besonders für die Kinder- und Jugendarbeit zuständig. In diesem Bereich ging es mir zunächst vor allem um eine Veränderung der formalen Strukturen und - nachdem ich mich ausführlich damit befasst hatte - um die Anwendung der damals so genannten antiautoritären Erziehung, wie sie z.B. in Summerhill in England praktiziert wurde. „Das ist ja zum Talar ausziehen“, sagte ich in einem sogenannten „modernen Dialog-Gottesdienst“ und tat dies denn auch, um die Frage nach Amt und Würden in der Lutherischen Kirche neu zu stellen. Mit Gesang,



Gottesdienst in neuer Form 1970, ohne Talar, gehalten von Jugendlichen in Diskussionsform und mit neuen Inhalten.

Comboband und neuen Liedern zogen die jungen Menschen in den Konfirmationsgottesdienst ein, ohne das „kleine Schwarze“, wenn sie wollten in Blue Jeans und meistens mit freudiger Zustimmung der Eltern. Was heute in vielen Evangelischen Kirchen locker zur anerkannten Praxis geworden ist, war damals absolut ungewöhnlich: Klatschen nach der Predigt, Fotos und Texte an die Wand projiziert, und Spiel und Tanz unmittelbar nach dem Gottesdienst auf dem Rasen vor der Kirchentür. Im wöchentlichen Unterricht, aber immer häufiger auch auf attraktiven Wochenendfreizeiten fanden offene Diskussionen über biblische

und aktuelle Fragen des Lebens statt. Wie beurteilt und verhält sich ein Christ gegenüber Sex, Drogen, Armut und Krieg? Auswendig lernte man nur noch die zwei großen Standards: das Vaterunser und das Glaubensbekenntnis. In der Prüfung durften Konfirmanden und Konfirmandinnen ihre Lernerkenntnisse und -bekenntnisse zu einem bestimmten Thema selber vortragen. Traf ich sie in den späteren Jahren wieder, erinnerten sie sich meist mit Freuden an diese Zeit und meine kritischen Anregungen.



1969 in meiner Wohnung zwischen den Apfelsinenkisten mit Helfern nach einem gemeinsam durchgeführten Kinderfest.

Kinder und Jugendliche durften mich duzen. Ich lehnte es ab, für mich allein ein eigenes Haus als Pastorat zu beziehen und gab es an die Familie des Kirchenorganisten mit Frau und zwei Kindern weiter. Nicht das Kirchenbüro sondern meine fast „Tag und Nacht“ zugängliche kleine private Etagen-Wohnung - primitiv ausgestattet mit Apfelsinenkisten-Möbeln - wurde zum Mittelpunkt der Simeon-Jugend. Das zog nicht nur die bisher in der Gemeinde vorhandenen etwas „elitären“ Mittelschicht-Kinder, z.B. in dem schon lange existierenden „Freitags-Kreis“, sondern auch die aus den „sozial schwächeren“ Familien stammenden Jugendlichen in den Bann. Und auf den Kinder-, Jugend-, Faschings- und Sommerfesten ließen sich sogar die öffentlich verfeimten Rocker sehen.

„Hunger nach Gerechtigkeit“ und die „Kommune S“

1969 fuhr ich mit einer Gruppe von Jugendlichen auf den „Kirchentag“ der Evangelischen Kirche in Stuttgart. Unter dem Motto „Hunger nach Gerechtigkeit“ öffnete er sich erstmalig neuen gesellschaftlichen Fragen und Antworten. Das „Teach In“ wurde übernommen, jeder durfte im Saal am Mikrofon seine Meinung sagen und den üblichen Bibelauslegungen und christlichen Vorstellungen widersprechen. Die Redner und Rednerinnen wandten sich „gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ und dazu wurden aktuelle politische Forderungen gestellt: „Wir wünschen aufrichtig ein freundschaftliches Verhältnis zum polnischen Volk“. „Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie endlich die Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen anerkennt“. „Wir fordern die Deutschen in der Bundesrepublik und Westberlin auf, den neonazistischen und reaktionären Kräften ... eine Absage zu erteilen“. Resolutionen wurden verabschiedet und auf einer Kirchentags-Demonstration (meine erste überhaupt) wurde gegen das neue undemokratische Ordnungsrecht des Stuttgarter Landtages protestiert und gegen die erst vor kurzem verabschiedeten Notstandsgesetze. „Gott wird rot“, schrieben die Studenten auf ihre Plakate und die Presse in ihren Blättern.

Unsere Simeon-Gruppe war dabei, als bei der offiziellen Abschlussfeier mit Kirchentagspräsident Dr. Richard von

Weizsäcker 40 Leute das Podium besetzten und in einer Rede die Kirche für die gerade aktuelle Hungersnot in Biafra mit verantwortlich machte. Damit hatte für mich die Politisierung meines christlichen Glaubens begonnen.

Nach unserer Rückkehr in die Gemeinde blieb es nicht bei der Änderung der kirchlichen Formen und der Anwendung der antiautoritären Erziehung. Jetzt nahm ich in Predigten, bei Vorträgen, bei Gruppentreffen und auf Gemeindeversammlungen zu politischen Themen Stellung und forderte zusammen mit interessierten Gemeindegliedern „mehr Demokratie in der Kirche“. Doch zunächst „machte ich mich schlau“, indem ich in meinem Urlaub drei Wochen lang die einschlägigen Werke der „Kritischen Theorie“ von Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno studierte. Bald hing ein Bild von Angela Davis neben dem Altar und der Protestsongs der amerikanischen Bewegung gegen den Vietnamkrieg „We shall overcome“ wurde gesungen. Aber auch innerdeutsche soziale Fragen fanden unter reger Beteiligung von Jugend-



Der Kirchentag in Stuttgart 1969 - auf dem Foto besetzen wir gemeinsam das Podium.

lichen und Erwachsenen in der Predigt und beim Gottesdienst ihren Eingang: Gegen die repressive Ausbildung der Lehrlinge in Schulen und Betrieben, gegen die Aufbewahrung von Kindern, Behinderten und Geisteskranken in geschlossenen Heimen, für die Aufdeckung und Strafverfolgung der alten Nazis und gegen die neuen Nazi-Umtriebe.

Gemeinsam nahmen wir an dem von der Gewerkschaft in Hamburg erstmalig wieder mit einer Demonstration gefeierten 1. Mai teil („Raus aus den Sälen!“), sowie an den zahlreichen Demos gegen den immer noch andauernden Vietnamkrieg und für den Frieden. Zur gegenseitigen Unterstützung gründeten wir in der Kirchengemeinde die „Kommune S“ (S für Simeon, Stuttgart, Sex und Sozialismus) und neben den üblichen festgefahrenen Gemeindegremien wurden Jugend- und Gemeinde-Räte ins Leben gerufen. Sie sollten ihre Angelegenheiten bis hin zur finanziellen

Einflussnahme selber regeln. Auf der Einladung zu einer ersten Jugendvollversammlung stand u.a.: „Wollt ihr weiterhin zulassen, dass die Pastoren allein regieren und in der Kirche alles beim Alten bleibt?“



Die Mitglieder der Kirchenvorstände in den Lutherischen Gemeinden standen nur selten auf Seiten änderungsfreudiger PastorInnen. Das Foto zeigt vorne von links Edda Groth, Eckard Gallmeier und Helmut Lechner in der Christuskirche in Norderstedt 1972.

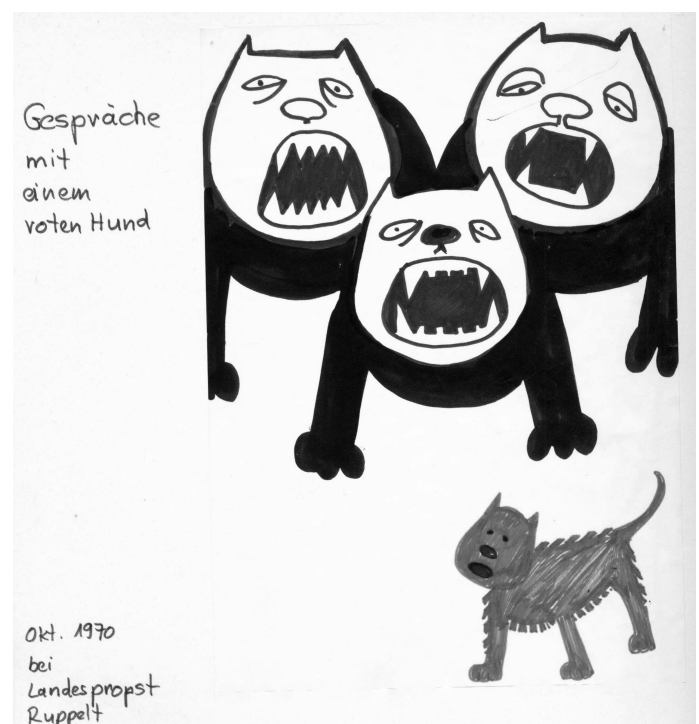
Von einem Gottesdienst im November 1970 berichtete „Die Welt“: „Vor dem Altar stehen zwei sehr junge Mädchen, ein junger Mann (als Jesus, Maria und Joseph)... über ihnen flimmern Dias auf der weißen Wand. Bilder von Krüppeln, vom Krieg, vom Elend, vom Rassenhass, vom Arbeitskampf. Hässliche Bilder, Dokumente des Grauens, des Leids, der Ausweglosigkeit. Maria, so das junge Mädchen, sei auch die ledige Mutter mit dem Kind, die keine Wohnung finden könne, Joseph, so sagt der Junge, sei auch der hungernde Krüppel, der Außenseiter der Gesellschaft.“ Unsere Erkenntnis, dass Demokratie mit Information beginnt und wir jede Gelegenheit nutzen müssten, um unsere neuen Ziele bekannt zu machen, wurde zu unserer besten Strategie. Wir diskutierten bei jeder Gelegenheit auf Veranstaltungen und in den Gremien, worum es uns ging, wir verschickten Tausende von Einladungen an Kinder, Konfirmanden, Jugendliche und Eltern (auf Kosten der Kirchensteuer! - wie Pastor Werner monierte). Als wir vor der Kirchentür selbst gedruckte Flugblätter verteilten, warnte Pastor Steenbock die Gemeinde, sie doch lieber nicht zu nehmen. Aber die allgemeine Neugierde, etwas über den sich ändernden Glauben zu erfahren, bewirkte das Gegenteil. Und schließlich gaben wir neben dem üblichen Gemeindeblatt auch eine eigene Zeitung mit Namen „IN“ heraus.

Für oder gegen die Pastorin in Gemeinde und Propstei

In der Regel konnte ich mich mit meinen neuen Gedanken und Aktionen auf große Teile der Basis der Gemeinde stützen. Zwar hatten schon zuvor meine formalen, organisatorischen Änderungen und die alternative erzieherische Tätigkeit eine Reihe von Spannungen in der Gemeinde erzeugt, aber jetzt traten wegen der zunehmenden Politisierung die „Gegner der Pastorin“ entschieden auf den Plan. So startete der alteingesessene Bibelkreis eine Un-

terschriftensammlung gegen mich. Die Jugend in der Kirche, sogar die Schulen im Stadtteil Bramfeld konterten mit eigenen Resolutionen. Die eigentlichen Hardliner und Widersacher meiner Person saßen jedoch in den offiziellen Gremien der Kirche, je höher desto mehr: bei den drei Kollegen der Simeon-Kirche, im Kirchen- und Propsteivorstand und in der Kirchenleitung.

Die drei männlichen Kollegen vor Ort wurden nach und nach zu erklärten Gegnern. Pastor Werner stellte 1969 in einem Schreiben an seinen Amtkollegen Steenbock fest: „Da im Falle Groth keinerlei Anzeichen da sind, dass sich etwas ändert... muss einer gehen, Groth oder ich.“ Er soll den Bischof dauernd mit Anrufen und Beschwerden über meine Tätigkeiten und Lebensweise genervt haben. In der Presse (die „Welt“ vom 29.11.1970) ließ er ungehört verlauten, dass ein Vietcongster und Plakate im Stile der „Politpornografie“ so an die Kirchentür geklebt worden seien, dass man drinnen kaum noch etwas sehen könnte. In Wirklichkeit waren an den großen Glasscheiben am Eingang zu den Gemeinderäumen ein beliebig bunter fünfzackiger Stern mit ein wenig „Text zur Lage“



Als meine drei männlichen Kollegen Steenbock, Werner und Knobbe mich beim Landespropsten Ruppelt „in die Pfanne hauen“ wollten, „rächte“ ich mich mit diesem Bild.

angebracht worden. Im Übrigen sei ich eine vorzügliche Schauspielerin, die sich - im flotten Hosenanzug - im Gottesdienst schlauerweise sehr gemäßigt gezeigt habe. Ich hatte dort, wie auch bei einem Interview beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) in Hamburg, nach den Widersprüchen innerhalb der Kirche und zu meiner Arbeit befragt, wie so oft geantwortet: „Meine Arbeit hier findet sicherlich Zustimmung und Ablehnung. Aber wenn man neue Wege geht, kann es wohl nicht anders sein.“ Amtsbruder Knobbe empörte sich vor der Presse (Die Welt 28.11.1970) über die „einseitige ideologische Ausrichtung und zwar linker Couleur“ und die „neomarxistischen Umtriebe“. Er stellte deshalb den

„Ihr
dürft nun
Du zu mir
sagen...“

„Hallo
Edda!“



Während Bischof Hübner bei seinen ersten Verhören noch meine antiautoritäre Erziehung in den Mittelpunkt stellte (so durften Kinder und Jugendliche Du zu mir sagen), war bald klar: Es ging um politische Fragen in der Kirche.

Antrag, seinen Gemeindeteil auszugliedern. Leider verlor auch Pastor Steenbock, ein theologisch gebildeter, liberaler Partner im Amt, vor soviel „reformatorischer Veränderung“ in der Kirche die Fassung und ließ sich als Propst nach Flensburg versetzen.

Laufend fanden Sondersitzungen des Kirchenvorstandes mit immer ein und demselben Thema statt: „Aktionen von Frau Groth“. Nach einer von mir gehaltenen Predigt und der dabei zitierten Charta der UNICEF-Organisation für das Recht auf Erziehung schrieb der Kirchenälteste Walter Tietgen sinngemäß „Ja - aber im Sinne von Ordnung, Sitte und Anstand,“ und nannte uns „eine kleine, aber intelligente und deshalb so gefährliche Minderheit“. Eine bekannte Formulierung aus der deutschen Nazi-Ideologie! Vier knackig konservative Kirchenälteste (die gewählten VertreterInnen im Kirchenvorstand) kündigten ihr Amt auf und konnten erfreulicherweise durch fortschrittliche, zum Teil sogar erst wieder in die Kirche eingetretene Mitglieder ersetzt werden. Als es auf der Sitzung am 26.2.1970 wieder einmal hoch her ging, stellte der Kirchenälteste Bergmann spontan den Antrag, „dass Frau Pastorin Groth versetzt wird“. Solch eine Maßnahme ist nach § 71 des Pfarrergesetzes der VELKD (Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland) möglich, „wenn ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle nicht mehr gewährleistet ist, wobei der Grund nicht in dem Verhalten des Pfarrers liegen muss.“ Ein kluger Schachzug, weil bei einem solchen Verfahren der schwierige Beweis bestimmter Verfehlungen gar nicht erst erbracht zu werden braucht. Zunächst hatte der gesamte Kirchenvorstand über diesen Antrag auf einer seiner nächsten Sitzungen abzustimmen, danach würde die Sache in der Kirchenleitung behandelt werden.

Man traute sich nicht so richtig an die Sache heran. Solche Dinge haben ja meist auch nur zum Ziel, die/den Betroffene/n einzuschüchtern. Doch das ließen wir nicht zu. Ungefähr ein dreiviertel Jahr lag dieser Antrag auf Eis, dann forderte ich meinerseits, dass endlich darüber entschieden werde. Nach stundenlanger Debatte, ob daran die Öffentlichkeit oder auch nur die beiden Vertreter des Gemeinde- und Jugendrates teilnehmen dürften - Nein! -, wurde am 26.11.1970 mit einer Stimmer Mehrheit und unter Beteiligung der Kollegen Werner und Knobbe gegen mich entschieden und meine Versetzung beantragt. Nach diesem Vorgang wurden überhaupt erst dazu passende konkrete Vorwürfe gegen mich erhoben. Ich liste sie hier auf, versehen mit den Widersprüchen, die ich oder der Jugendrat dazu formuliert haben.

Festlegung auf eine fanatische politische Ideologie

Im Interview beim Norddeutschen Rundfunk 1970 in der „Umschau am Abend“ sagte ich dazu, „dass alle Probleme, die Menschen haben in ihrem einzelnen Leben, isoliert oder auch in Gruppen, Probleme sind, die auf jeden Fall einen gesellschaftlichen Bezug haben, jede Einsamkeit, jede Erziehungsfrage... Politik heißt also, dass Christen heute, wenn sie dem Wort Jesu gerecht werden wollen, Stellung nehmen zu dem, was an unserer Gesellschaft nicht richtig ist und versuchen, Lösungen anzubieten.“

Mangelnde Kompromissbereitschaft und Spaltung der Gemeinde Der Jugendrat erklärte am 27.12.1970, „dass Frau Groth stets die faire und sachliche Diskussion gesucht hat“ und es die Kollegen waren, allen voran Pastor Werner, „die die Zusammenarbeit aufgekündigt haben.“

Entfremdung der Kinder vom Elternhaus

Das Gegenteil war der Fall, denn der Zulauf zu meinem modernen Unterricht (man durfte sich den/die Pastor/in auswählen) war mit über 100 KonfirmandInnen enorm. Unter den von mir stets vollständig besuchten Eltern fand ich niemanden, der es lieber konservativ haben wollte.

Die Stimmung in der Propstei war unterschiedlich. So nahmen deren Jugendvertreter wiederholt positiv Stellung zu „einer solch erfolgreichen kirchlichen Jugend-Arbeit“. Und es wäre mir in der Propstei Stormarn mit Unterstützung der mir befreundeten Vertreterin des Vietnam-Komitees aus Hamburg fast gelungen, bei einer Spendendebatte über eine Million DM für Vietnam diese Summe für die Befreiungsbewegung im Norden zu gewinnen. Man überließ die Verteilung dann doch lieber pauschal der kirchlichen Organisation „Brot für die Welt“. Aber als ich bei einem Pfarrtreffen der Propstei mein politisches Engagement zu begründen hatte und dabei erwähnte, das durch den Beamtenstatus ja eh auch alle Pastoren der Evangelischen Kirche zur „Loyalität“ gegenüber dem Staat verpflichtet und somit offiziell politisch gebunden seien, erntete ich Unverständnis und Empörung. Der konservative Propst Schwennen und später der jüngere liberale Propst Lehmann passten sich zunehmend der Order der Kirchenleitung an und versuchten meine Arbeit zu blockieren. Auch der „Griff unter die Gürtellinie“ fehlte nicht. Ich sollte schuld sein an der Schwangerschaft einer Konfirmandin, was sich aber später als Falschmeldung erwies. Erst in den letzten Jahren ist hingegen bekannt geworden, dass zu gleicher Zeit in der Propstei Stormarn ein pastoraler Kindesmissbrauch stattgefunden hat, der tunlichst verschwiegen worden ist.

Die Kirchenleitung und die Presse:

„Sind Sie Marxistin?“

Die Kirchenleitung und besonders der bereits im Zusammenhang mit der Frauenordination genannte Bischof Hübner traten entschieden gegen mich auf, rigoros und oft auch hintertrieben. Nichts mehr von christlicher Brüderlichkeit oder „Schwesternliebe“! Aber vor allem waren die Kirchenoberen im Besitz der Macht und des Kirchenrechtes. Bei einem vom Landespropsten Ruppelt in Blankenese mit meinen drei Kollegen anberaumten „Vermittlungsgespräch“ wurde ich regelrecht „fertig gemacht“.

Ständig musste ich zum Rapport nach Kiel, um informelle oder offizielle Gespräche mit juristischer Wirkung zu führen. Der Bischof lud immer wieder Vertreter aus der Gemeinde zu Stellungnahmen ins Kirchenamt ein - erst nach entschiedenem Protest von meiner Seite wurden neben den „rechten“ auch die „linken“ angehört. Nach seiner Meinung befragt wurde sogar ein nicht einmal zur Gemeinde gehörender über mir in der Etage wohnender Nachbar. Gab es vielleicht bei mir auf der nach damaliger Sitte am Boden liegenden Matratze wilde Sex-Orgien? Es wurde also fleißig geschnüffelt und sicher auch denunziert.

Es gab Klagen wegen mangelnder Sauberkeit und Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs, wenn unsere Faschings- und Sommerfeste etwas aus dem Ruder gelaufen waren. Schließlich versuchte Oberkirchenrat Otte hinter verschlossenen Türen nur mir allein - obwohl ich offiziell einen persönlichen Vertreter dabei hatte - die Gretchenfrage nach dem Glauben zu stellen. Pech für ihn, denn ich hatte keine Glaubenszweifel und fand, dass mein christliches und politisches Tun und Denken im Sinne Jesu geschehe. Stutzig machte mich allerdings, dass Bischof Hübner von seinen eigenen Mitarbeitern einmal zynisch sagte: „Ach, der glaubt das doch so wieso nicht!“ Es ging ihnen gar nicht um den „wahren Glauben“ und ein eventuell anzustrebendes Lehrzuchtverfahren, das derartige theologische Fragen hätte klären sollen. Solch eine Auseinandersetzung mied die hohe Geistlichkeit wie „der Teufel das Weihwasser“. Es ging hingegen einzig und allein um die wichtige Frage, welche Politik in Staat und Kirche betrieben werden durfte.

Auch die Medien in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen - uns eigentlich recht wohl gesonnen - waren immer weniger daran interessiert, wie ich meinen Standpunkt christlich begründen

Auf der am 10. Dezember 1970 stattfindenden übermäßig gut besuchten Gemeindeversammlung wendete sich das Blatt zu meinen Gunsten: 225 Stimmen waren für meinen Verbleib in der Gemeinde und viele äußerten ihre Zustimmung zu einer Kirche mit sozialem, politischen Engagement. Die an dem Konflikt interessierte Presse trug entschieden dazu bei, dass das Landeskirchenamt sich zu einer Versetzung nicht entschließen mochte.



„Die haben ein Bild von Marx an der Wand (natürlich auch eins von Che Guevara), schrieb die Presse 1970 zu diesem Foto.“

könne, sondern fragten stets nur noch: „Sind Sie etwa Kommunistin, sind Sie Marxistin?“ Das machte mich stutzig. Es war die Zeit, in der die „Frage nach der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Kirche“ zu einem Hauptthema in der Öffentlichkeit wurde. Und das forderte mich dazu heraus, diese Frage nun endlich auch einmal grundsätzlich für mich zu klären. Ich begann den Marxismus zu studieren, zunächst für mich „im stillen Kämmerlein“, danach auch zusammen mit kompetenten Freunden in Diskussions-Gruppen. Da hatte ich in diesem Land über dreißig Jahre gelebt und bisher den Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Macht im Kapitalismus nicht im Geringsten durchschaut! Und auch nicht, welche repressive Rolle dabei die sexuelle Unterdrückung in der Gesellschaft spielte (wie wir bei Wilhelm Reich nachlesen konnten).

Nach dem Versetzungsbeschluss im Kirchenvorstand Ende November 1970 hatten wir für den 10. Dezember 1970 eine Gemeindeversammlung einberufen. Es erschienen - für Kirchen äußerst ungewöhnlich - an die 300 Gemeindemitglieder, zahlreiche Theologiestudenten der Universität Hamburg, die Hälfte des Kirchenvorstandes und mehrere Pressevertreter. Nachdem der



„Fall Groth“ auf dieser Veranstaltung intensiv diskutiert worden war, durften die Anwesenden über meinen Verbleib abstimmen. Ich hatte noch einmal erläutert, warum Kinder und Jugendliche, die man dauernd vom Rasen jage und in ihren Bedürfnissen unterdrücke, schließlich auch mal „militant“ sein dürften. Es gab 225 Für- und fünf Gegenstimmen. Natürlich waren die meisten Besucher eh SympathisantenInnen von mir.

Aber das Ergebnis beeindruckte die Kirche und die Öffentlichkeit dennoch sehr. Und dazu trug besonders das NDR-Fernsehen aus Hamburg unter der Leitung von Herrn Rosinski bei, der außerdem mit viel Sympathie begonnen hatte, über mich einen Film zum Thema „Eva auf der Kanzel“ zu drehen. Mit seiner drängenden Nachfrage beim Bischof Hübner in Kiel „Werfen Sie diese Pastorin denn nun raus oder nicht?“ erreichte er tatsächlich, dass die Kirchenhierarchie sich nicht so recht traute, mich aus dem Dienst zu entfernen. Sicher spielten vor allem taktische Gründe eine Rolle, aber ich konnte mich tatsächlich noch drei weitere Jahre an der Simeon-Kirche halten.

Pastorin protestiert gegen ihre Versetzung

Gestern wieder „politischer Gottesdienst“ in Bramfeld

Pastorin Edda Groth (31) von der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld wird gegen den Beschluß des Kirchenvorstandes, ihre Versetzung zu beantragen, Widerspruch einlegen. Das teilte die wegen ihres politischen Engagements in der Gemeinde heftig umstrittene Pastorin am Sonntag während des Gottesdienstes mit.

Wie berichtet, hatte der Kirchenvorstand mit acht zu sieben Stimmen — bei einer Enthaltung — beschlossen, die Versetzung der Pastorin zu beantragen, weil durch ihre Tätigkeit die Gemeinde gefährdet werde. — Der von etwa 120 —

meist jüngeren — Gemeindegliedern besuchte Sonntagsgottesdienst war von der Pastorin und ihren jugendlichen Helfern wieder im Stil eines „politischen Gottesdienstes“ ausgestaltet worden. Diaprojektoren warfen Bilder von Krieg, Hunger, Elend, Rassenhaß und Arbeitskampf auf die Wand über dem Altar. Ein junger Mann sang, auf dem Altar sitzend, zur Gitarre Protestsongs. Die Predigt wurde unter Beteiligung begeistert mitmachender junger Gemeindeglieder zum großen Teil im Dialog gehalten. Anschließend fand eine Diskussion im Gemeindehaus statt.

Familien-Gottesdienst ohne Talar

PROTEST

29.11.1970



Noch mal davon gekommen und dabei geblieben

Ich erhielt das bereits geplante eigene Pastorat mit einer Jugendtagung im oberen Stockwerk am Timmermannsredder und kümmerte mich weiterhin besonders um Kinder und Jugendliche. Auch meine politische Tätigkeit setzte ich im Rahmen der Gemeinde fort. So fand ich großes Interesse, als ich mich mit der Lage in der portugiesischen Kolonie Angola befasste. Ich machte eine Veranstaltung zum Thema Berufsverbot mit einer betroffenen Lehrerin und eine über die Kulturrevolution in der VR China. Ich organisierte „solidarisch zum roten 1. Mai“ im Gemeindehaus eine große Fest- und Spiel-Veranstaltung, an der zahlreiche Delegationen aus anderen Kirchengemeinden teilnahmen. Wir wagten es zunehmend, in der Gemeindeöffentlichkeit über eine mögliche sozialistische Alternative zum vorhandenen kapitalistischen System zu reden.

Dazu schlossen wir uns in größerem Rahmen mit denjenigen zusammen, die in der Kirche tätig waren, ähnliche Ziele vertraten und ähnliche Probleme mit der Kirche hatten. 1971 wurden — natürlich auch erst nach langen Kämpfen mit der Kirchenleitung — zwei weitere „linke“ Kollegen zum Pastor ordiniert: Helmut Lechner und Eckard Gallmeier. Auch diese beiden machten in ihrer Gemeinde — in meiner Nähe — in Norderstedt und Ellerau entsprechende Erfahrungen mit dem Für und Wider ihrer pastoralen, politischen Arbeit. Zu dritt konnten wir uns aber bis 1974/5 in der

Kirche halten. Auch hier spielte die gegenseitige solidarische Unterstützung, das große Interesse der breiten Öffentlichkeit und die permanente Information durch die Presse über unsere Auseinandersetzungen mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche eine große Rolle, zumal deren Verhalten oft genug ans Skandalöse und Lächerliche grenzte.

Und um uns herum gab es im übrigen seit den 68er Jahre unter Sozialarbeitern, Diakonen, TheologiestudentInnen, VikarInnen und PastorInnen in Hamburg und der gesamten Bundesrepublik eine ganze Reihe von KollegInnen, die ähnlich wie wir, aus den unterschiedlichsten Gründen die verschiedensten Konflikte mit der Kirche durch zu stehen hatten. Ich war also keineswegs ein Einzelfall, noch nicht einmal die radikalste.

Einige von ihnen hatten sich z.B. strikt geweigert, die Predigt überhaupt als Mittel einzusetzen oder verstanden die Funktion der Kirche allein im Vollzug von Riten — Geburt, Erwachsen werden, Heiraten und Tod — wie bei vergleichbaren gesellschaftlichen Institutionen. Etliche von Ihnen verließen freiwillig die Kirche, manche von ihnen durften nach Jahren wieder in den Dienst treten und andere stritten, z.T. ein Leben lang, mit der Kirchenleitung um Amt und Würden.

Mit einigen von ihnen haben wir in übergeordneten Organisationen zusammen gearbeitet und uns gegenseitig theoretisch und praktisch unterstützt, schließlich auch auf Bundesebene. Besonders zu erwähnen seien der „Nordelbische Arbeitskreis Kirche“ in Hamburg, die „Celler Konferenz“ und der „Kongress für eine parteiiche Gemeindegemeinschaft“. Auf dieser Veranstaltung von 1973 mit etwa 50 TeilnehmerInnen wollten wir die Frage klären: Wie können wir es als zukünftige Kirchenfunktionäre schaffen, uns entschieden auf die Seite derjenigen zu stellen, die für ihre Rechte kämpften und für die Erhaltung und Verbesserung ihrer Lebenslage eintreten wollten. Die Ursachen für ihre gesellschaftliche Benachteiligung wollten wir erkennen, sie in ihren Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Kapitalismus und Imperialismus, unterstützen und den Sozialismus als positive Alternative propagieren.

Die „Mao-Predigt“ — antikapitalistisch statt antiautoritär

In der Konsequenz dieser Einsicht erklärte ich auf meiner Konfirmationspredigt vom 9. Februar 1974 gegenüber der Gemeinde, dass ich von der bisher praktizierten antiautoritären Erziehung „abgesprungen“ sei und einen neuen Weg einzuschlagen gedächte. Ein Arbeiter-Vater habe meine allmählichen Zweifel bestätigt, indem er sagte: „Ich find' ganz nett, was die Frau Groth da macht: Füße auf den Tisch und Spaß haben im Unterricht. Nachher kommen Lehre und Beruf. Da heißt es parieren und hart arbeiten“. Er traf den Nagel auf den Kopf. Und ich war wegen dieser positiven Anerkennung fast ein wenig beleidigt. Hatte ich das gewollt? Ein wenig Weihnachtsstimmung, ein bisschen Gruppendynamik, kurz mal aus der Enge der Familie, der harten Arbeitswelt, dem unbezahlbaren Wohnungsmarkt und den repressiven Behörden ausbrechen können, war das die ausgleichende Rolle der Kirche, die ich ungewollt als eine sonntägliche Spielwiese betrieben hatte? Natürlich konnte die Kirche auf diese Weise die miserablen Zustände in der Gesellschaft einfach „links liegen lassen“ ohne sie zu verändern. Aber ich hatte etwas anderes gewollt: Junge Menschen sollten nicht nur individuell „fröhlich, mündig und aufgeklärt“ ihren Glauben kritisch in den Alltag umsetzen können, sondern auch gesellschaftlich und politisch Veränderungen

hervorrufen, mit oder gegen Eltern, Lehrer, Pastoren, und Professoren. Hatte ich erreicht, dass sie das wollten oder gar taten?

Die meisten Eltern hatten die Erziehung zur Selbständigkeit und politische Parteinahme positiv aufgenommen. Sie wollten, dass ihre Kinder zukünftig kritisch, selbstbewusst, gebildet und urteilsfähig sind. Aber dies waren eher diejenigen, die ausreichend Platz in Haus und Garten hatten und auch über entsprechende

ausgetreten, eine andere erfreut wieder eingetreten sein, wie die Presse vermeldete. Sie stürzte sich bundesweit auf meine „Mao-Predigt“ und machte das „Mao-Zitat“ sogar zum Tagesspruch in ihren Medien. Die Kirchenleitung ließ meine Predigt durch eine extra dafür eingesetzte kirchliche Kommission ausgiebig prüfen - ein halbes Jahr lang ohne Ergebnis. Man blieb die Antwort auf die von mir vorgetragene christliche Meinung schuldig, obwohl Präpste und Bischöfe wiederholt von allen Seiten zu einer solchen Debatte aufgefordert wurden. Warum scheute die Kirche sich davor? Weil sie, wie wir es später in einer gemeinsamen Broschüre „Religion - Opium des Volkes“ zu recht so erläutert haben, „die Kirche gegenwärtig als Institution auf Seiten des Kapitalismus steht“. Aber dies wollten die Kirchenoberen weder öffentlich hören, noch verteidigen, noch sich dafür angreifen lassen.

Erstmalig traten nun auch kapitalistische Organisationen direkt auf den Plan. Der „Verein zur Förderung des Hamburgischen Wirtschaftslebens“ fühlte sich ideologisch angegriffen und fragte sich sechs Seiten lang im „Hansa Brief“: „Kirche auf dem Weg in den Christo-Marxismus?“ Die Bewegung zum Sozialismus hin werde mehr und mehr von Moskauer Spezialisten und von ihnen abhängigen Funktionären aus anderen osteuropäischen Ländern und der DDR ausgenutzt. Die „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer“ (ASU) in Nürnberg ließ verlauten, „dass die Geistlichen heute politisch zu linkslastig und einseitig auf die Arbeitnehmerschaft orientiert sind“, zumal jeder Arbeitslose heute, wenn er nur wolle, einen Arbeitsplatz finden könne. Durften denn solche Kommunisten einfach unbehelligt in den Pfarrämtern sitzen?

Viele Resolutionen und ein Amtszuchtverfahren

Darauf musste ich reagieren und so verfasste ich am 15. Juni 1974 den „Offenen Brief zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Kirche“. Erneut griff ich die sozialen Zustände in unserer Gesellschaft an und machte dafür das System des Kapitalismus verantwortlich. Der Staat diene „mit seinen Gesetzen, Verordnungen, seiner Polizei, dem Bundesgrenzschutz und dem Militär den Interessen dieser Kapitalistenklasse.“ In eben diesem Maße sei auch die Kirche nicht frei von der Parteinahme für die Klasse der Kapitalisten, indem sie diesen durch Versöhnertum nur nütze - z.B. mit Gesprächen zwischen Arbeitern und Unternehmern - und die Widersprüche zwischen Unterdrückten und Herrschenden verschleierte. Es gelte, sich für die Verwirklichung des Sozialismus im eigenen Land einzusetzen. So bewiese auch die Aussage von der ehemaligen Missionarin Gerda Buege über das heutige China die Richtigkeit meines Mao-Spruches: „Das atheistische China fordert heute die Christen heraus, weil es von Gemeinschaftsethik und Menschenwürde des einzelnen bestimmt wird. Mao hat das Land von Elend, Fremdherrschaft, Krankheit und Analphabetentum befreit und ein an Leib und Seele zufriedenes Volk geschaffen.“

Deshalb gebe mir der Marxismus für meine christlich politischen Ziele eine vernünftige Handlungsanweisung und im Besonderen der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW). Und im Gegensatz zu den meisten Vertretern in Kirche und Gesellschaft, die die bestehende gegen das Volk gerichtete Gewalt bewusst und unbewusst tolerierten, sei ich dafür, dass alle Gewalt vom Volk ausgehe, Gegenwärtig würde das bedeuten: „Solange die Herrschenden in aller Welt über die bewaffnete Macht zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügen, wird die Arbeiterklasse diese Gewalt ebenfalls zu ihrer Befreiung nutzen

Der Kongreß findet statt am: **Montag den 10. Dez. 73**

ORT: Hamburg, CURIO-HAUS, Rothenbaumchaussee 13, Kleiner Saal, Nähe Dammtor-Bahnhof (S-Bahn) oder Nähe Hallerstr. (U-Bahn), beides vom Hauptbahnhof aus erreichbar.

ZEIT: Ab 12.00 Uhr Eintreffen, 14.00 Uhr Eröffnung, Ende gegen 22 Uhr

ESSEN: Restaurant und Mensa im Curiohaus.

ÜBERNACHTUNG: Bei Freunden und Genossen, Hotelzimmer werden vermittelt.

TEILNEHMERBEITRAG: 5,- DM (für Raummiete), bei Ankunft zahlbar.

ANMELDUNG: Möglichst schriftlich oder mündlich vorher. Spontane Besucher werden natürlich auch eingelassen.

BRINGT FREUNDE UND KOLLEGEN MIT !

KONGREß: Für eine parteiliche Gemeindearbeit

Unser Kongreß soll folgende zwei Aufgaben erfüllen:

1. Austausch von Erfahrungen der verschiedenen Gruppen über den Stand der Bewegung, der Entwicklung der Kämpfe, der Maßnahmen der Kirchenbürokratie.

Mittel verfügten für die Bezahlung des Kindergartens, für eine bessere Schule, für den notwendigen Nachhilfeunterricht. Aber gerade diejenigen, die ich eigentlich hatte unterstützen wollen, die Arbeiterfamilien mit den niedrigen Löhnen und deshalb zu immer mehr Überstunden gezwungen, mit der Stechuhr in der Fabrik im Rücken und kaum Zeit, ausgeruht für die Kinder da zu sein, die „sozial Schwachen“ mit zu engen Wohnungen, die Frauen, die in noch schlechteren Jobs mitarbeiten und nebenbei den Haushalt mit den erforderlichen Mindestbedürfnissen organisieren mussten, hatten für eine solch progressive Erziehung ihrer Kinder nicht die Möglichkeiten.

„Man ist bei uns so frei oder unfrei, wie viel oder wie wenig Geld man hat“, sagte ich deutlich in meiner Predigt. Dass folglich „die ökonomischen Voraussetzungen in der kapitalistischen Gesellschaft eine Erziehung zum freien, selbstständigen, gleichberechtigten Menschen nicht möglich machen, wenn man nicht die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt ändert“. Deshalb wolle ich zukünftig „den Kapitalismus selbst bekämpfen“ und auch Hinweise geben auf andere Systeme und Länder in der Welt, wo solche Verbesserungen gelungen seien. Das sei nicht gottlos, sondern im Sinne Gottes, wie man es im Alten und Neuen Testament nachlesen könne. „In Gottes Augen sind letzten Endes nur die auf seiner Seite, die diese Welt zum Guten ändern, die sie wieder menschenwürdig machen und die für Gerechtigkeit auf Erden eintreten. In diesem Sinne - so wage ich provokativ am Schluss zu behaupten - steht Mao mit allem, was er für das chinesische Volk getan hat, Gott näher als alle Bischöfe der letzten 1000 Jahre.“

Die Predigt wurde am Tage der Konfirmation ausgiebig in den Familien diskutiert. Einer soll gleich nach meiner Predigt empört

müssen.“ Und etwas lutherisch pathetisch schrieb ich am Schluss „es sei denn, man widerlege mich aus der Schrift oder Kraft der Vernunft.“

Nichts dergleichen geschah. Bei einem von der Landeskirchenleitung angeordneten vierstündigen „privaten“ Gespräch am 15. August - mit erlaubter Begleitung durch Pastor Helmut Lechner und während ein Dutzend SympatisantInnen mit einem „Go-In“ das Transparent „Edda Groth muss bleiben“ hoch hielten - wagte nur einer der anwesenden Kirchenvertreter mich zu dieser entscheidenden Frage nach der erlaubten Gewalt zu befragen! Darüber sollte - so sehr dies auch in der Öffentlichkeit geschah - lieber Schweigen herrschen. Natürlich fand man sich auch nicht bereit zu einer immer wiederholt geforderten öffentlichen Diskussion in der Gemeinde in Bramfeld. Aber für mehrere Monate wurde disziplinarisch die personelle und finanzielle Unabhängigkeit der Simeon-Gemeinde außer Kraft gesetzt und unter die „Verwaltung und Kontrolle“ einer präpstlichen Kommission gestellt. Mitte September trudelte schließlich - durch Propst Lehmann persönlich überbracht - das Schreiben ein, das nach

Verbot, Unvereinbarkeitsbeschluss und Terrorismus-Paragrafen 129a) meistens weit unter der 5% Marke. So blieb die breite Zustimmung zu meinen letzten Erklärungen aus. „Unter Verdacht“ begann die Gemeinde sich zu fragen, ob ich denn überhaupt noch Christin sei. Diesen Vorwurf erhob schließlich auch ganz offiziell die Kirchenleitung. In dem Papier der Suspendierung hieß es: „Wesentlicher Bestandteil des Marxismus-Leninismus ist neben dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft auch die Überwindung der Religion“. Wie stand ich dazu?

„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, können nur wir selber tun“. Das sangen wir drei linken Pastoren nicht nur auf den Veranstaltungen des KBW oder auf Demos, sondern es entsprach inzwischen auch unserem theoretischen und politischen Standpunkt. Das musste jetzt öffentlich gemacht werden. Darin wollten wir die Gemeinde nicht täuschen. Zu allen Zeiten hat es natürlich unter den Theologen einen „Abfall vom Glauben gegeben“. Aber sie haben ihre Glaubenslosigkeit - keineswegs nur aus politischen Gründen - zu allen Zeiten lieber opportunistisch versteckt, weil

Viele meiner Gemeindeglieder und befreundete KollegInnen hätten mich gerne als Pastorin behalten. Sie machten bei einer Anhörung im Landeskirchenamt im August 1974 bei Bischof Hübner (rechts im Bild) in Kiel ein „Go In“ unter dem Motto „Edda Groth muß bleiben!“ Im September des gleichen Jahres erfolgte meine Suspendierung und im November 1974 trat ich aus der Kirche aus.



Amts-zucht-gesetz § 125 ein Verfahren gegen mich einleitete und meine sofortige Suspendierung feststellte: Ich durfte nicht mehr als Pastorin tätig sein. Nun wurde Klartext geredet: „Pastorin Groth identifizierte sich mit den Zielen des Kommunismus auf der Basis der marxistisch-leninistischen Lehre..., deren Ziel der Kampf gegen die angeblich mit dem Kapital verbundene Kirche ist..., Pastorin Groth hat durch diese hier beispielhaft angeführten Äußerungen extrem politische, agitatorische Aussagen gemacht..., politisch Andersdenkende diffamiert und ihre Kirche als eine dem Volk feindlich gegenüberstehende und den Interessen des Kapitals hörige Institution verunglimpft..., und (somit) ihr Amt ...missbraucht.“

Christin - Kommunistin - Atheistin

Die Basis der Gemeinde hatte meine fortschrittlichen, alternativen, antiautoritären und auch politischen Ansichten und mein Engagement für eine moderne Kinder- und Jugendarbeit, sowie für soziale Gerechtigkeit und gegen ungerechte Kriege zum großen Teil akzeptiert und für gut befunden. Nun kamen meine UnterstützerInnen aber an ihre Grenzen. „Glaubst du denn überhaupt noch an Gott“, fragte mich eine Konfirmandin und eine andere sagte frei von der Leber: „Edda, du bist zu kommunistisch“. Für den Sozialismus und Kommunismus wollte sich so schnell keiner gewinnen lassen. Die Zahl ihrer Parteimitglieder, Aktivisten und wählbaren Kandidaten lag in der Bundesrepublik - anders als in anderen europäischen Ländern - auf Grund ihrer von den USA übernommenen antikommunistischen Nachkriegsideologie (KPD-

ihre finanziell bestens abgesicherte Existenz sonst verloren gegangen wäre. Für mich, die ich seit Kindertagen wirklich aus Glauben an Gott, Jesus und die Bibel den Weg zur Pastorin gewählt hatte und in allen meinen Taten bisher wahrhaft fromm gewesen war, kam eine Täuschung in dieser Sache nicht in Frage. Natürlich unterstellten meine Gegner mir fortlaufend - übrigens bis heute hin - ich sei in Wirklichkeit von Anfang an nur ein schlauer „Wolf im Schafspelz“ gewesen, um die Institution Kirche für die politische Ideologie des Kommunismus zu missbrauchen. Anders können es sich alle jene nicht erklären, denen ein grundlegender geistiger und geistlicher Wandel fremd bleibt, obwohl sie ja eigentlich selbst einer „Kirche der Reformation“ angehören.

In der Tat hatte sich im Laufe der Zeit und durch gründliches Studium mein Standpunkt gegenüber Religion und Kirche grundlegend geändert. Daraus wollte ich nun mit meinen beiden anderen „linken Brüdern“ die Konsequenz ziehen und ehrlicherweise diesen Wandel offen zugeben. Wir hatten intensiv Marx, Lenin und Mao Tse-tung studiert. Uns war klar geworden, dass es - wie gesungen - keinen Gott oder sonst höheres Wesen gab, die uns aus dem Elend erlösen könnten. Es waren die Ausgebeuteten und Unterdrückten selbst, die sich befreien mussten. Dem stand eine mystische Auffassung der Welt und Wissenschaft im Wege. Hier kurz die bekannten religionskritischen Argumente, die auch wir uns zu Eigen gemacht hatten:

1. So erläutert Ludwig Feuerbach in „Das Wesen des Christentums“, dass jede Religion, wie und wo immer sie auftritt, „keinen eigenen, besonderen Inhalt hat“, sondern nur getreu Verhältnisse widerspiegeln, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen die Menschen leben. Die irdischen Mächte, die die Menschen erführen, nähmen in ihren Köpfen die Formen außerirdischer (göttlicher) Gestalten an.

2. Lenin schreibt in „Über die Religion“: „Mit dem hohen Stand an technisch-wissenschaftlichen Kenntnissen versteht und beherrscht der Mensch zwar weitgehend die Natur, aber die schreienden Widersprüche treiben das Volk in die Arme der Religiosität. Sie ersäufen ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben in der Religion“.



Nach unserem Austritt aus der Kirche erläuterten wir, meistens in Zusammenarbeit mit dem KBW, auf vielen Veranstaltungen im Bundesgebiet - hier in Berlin - unseren neuen atheistischen Standpunkt. Vorne Links: Helmut Lechner und Edda Groth.

3. Nach Karl Marx („Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“) wird die religiöse Vorstellung im Laufe der Geschichte in einem zum Ausdruck des wirklichen Elends und zugleich zur Protestation gegen das wirkliche Elend und damit zum Spiegel der Entwicklung der Menschheit.

4. In der Broschüre „Religion - Opium des Volkes“, erklärten wir selber (Edda Groth und Helmut Lechner, 1975): „Die herrschende kapitalistische Klasse nutzt hingegen die Religion zum idealistischen Mittel für ihre nackten Geschäftsinteressen gegen die arbeitenden Klassen und das Volk, zur Unterdrückung sozialen Widerstandes und zur Absicherung der gemeinsamen Interessen von Kirche und Staat.“

Anders als in anderen „normalen“ Berufen verlangte unser Beruf - und dafür waren wir schließlich auch bezahlt worden -, dass wir mystische Vorstellungen über Gott und die Kirche vertraten und propagierten. In welcher aufgeklärten und theologisch versierten Form auch immer! Ein unglaublicher Pastor ist nicht einfach nur ein schlechter sondern ein betrügerischer Amtsinhaber. Auch wenn es davon im Laufe der Geschichte natürlich Abermillionen gegeben hat. Wer überhaupt nicht mehr mit dem kirchlichen Glauben übereinstimmt, tut besser daran sie zu verlassen. Von der Kirchenhierarchie erwartet denjenigen offiziell ein Lehrzuchtverfahren oder das Verhältnis wird mit einer kulantem geldwerten Abfindung beendet. Natürlich wird auch oft genug einfach darüber hinweggesehen...

In einem offenen Brief erklärte ich am 1. Oktober 1974 „Warum ich aus der Kirche austreten werde!“ und führte dazu eine Veranstaltung in Hamburg-Bramfeld durch. Danach trat ich zusammen mit ein paar Freundinnen einfach wie üblich durch eine Erklärung auf dem Gemeindeamt aus. Man musste also den kirchlichen Akt vor einer staatlichen Behörde dokumentieren! Postwendend erhielt ich von der Kirchenleitung die Nachricht, dass ich des Amtes enthoben sei. Mir wurde natürlich keine Abfindung angeboten. Man hörte die Kirchenhierarchie geradezu aufatmen. Später zeigte sich jedoch, dass mein konsequentes ideologisches Verhalten ihnen schwer zu schaffen machte. In einem Arbeitsgerichtsprozess wollten sie mir z.B. das mir noch zustehende Urlaubsgeld nicht zahlen, weil ich die Kirche „so schwer angegriffen hätte“.

Mein Fall war zwar bisher „nur“ durch und durch politisch gewesen, aber jetzt bekam er eine neue ideologische Dimension. Wir machten deutlich, dass wir zukünftig der Verbreitung sämtlicher christlicher Inhalte und allgemeiner religiöser Schwärmerei entgegen zu treten gedachten. Praktisch, bzw. beruflich galt es nun, in die Institutionen zu gehen, in denen die Arbeiterklasse „vor Ort“ war: in den Betrieben und Gewerkschaften, beim Streiken, beim Demonstrieren auf der Straße und schließlich auch in einer kommunistischen Partei.

Austritt aus der Kirche - zu den „Proleten“ in den Betrieb

Die gegen mich verfügte Suspendierung betraf sehr bald auch gegen die beiden Pastoren Lechner und Gallmeier. Sie traten ebenfalls nacheinander aus der Kirche aus. Helmut Lechner und ich verfassten die bereits genannte Broschüre „Religion - Opium des Volkes“ und nahmen auf zahlreichen Veranstaltungen in der BRD ausführlich zu unserem Austritt Stellung. Die Presse verlor jegliches Interesse an uns und fragte in den kommenden Jahren die Kommunisten nicht ein einziges Mal, welche Erfahrungen sie denn mit dieser ungewöhnlichen Tat gesammelt hatten. Wir mussten uns arbeitslos melden und entdeckten dabei, dass laut Beamten-gesetz für ehemalige Kirchenbeamte kein Anspruch auf Arbeitslosengeld bestand. Nach längeren Widersprüchen billigte man uns schließlich eine nicht Existenz sichernde Arbeitslosenhilfe zu.

Ich war in den vergangenen Jahren überall in der BRD so bekannt geworden, dass ich zunächst nicht einmal in einem Archiv des Buchvertriebes Linnenbrink in Hamburg eine Anstellung als Aushilfe fand. Das galt auch für meine beiden Weggenossen. Immer wieder fanden die zuständigen Manager, Vorarbeiter oder Kollegen heraus, „wes' Geistes Kinder wir waren“. Außerdem fielen wir voll unter die damals rigide Praxis des bundesdeutschen Berufsverbotes im Öffentlichen Dienst. Das betraf vor allem mich, denn auf Grund meiner Ausbildung und bisherigen Tätigkeit hätte ich liebend gerne weiterhin pädagogisch gearbeitet. Nicht einmal eine Stelle im Kindergarten - trotz Zustimmung der Eltern - wollte die Stadt Hamburg mir zubilligen. Die Gewerkschaft, die uns im beruflichen Kirchenkampf zunächst Unterstützung angeboten hatte, sprach sich bei unserem Austritt 1974 postwendend mit dem Bischof ab und schloss uns aus der Gewerkschaft aus. Wir fielen daher nicht wie angenommen in ein rotes sondern tatsächlich in ein sehr schwarzes Loch!

Schließlich durften wir drei ehemaligen Pastoren ab 1975 immerhin eine Umschulung zum/r Schlosser/in und zum Tischler mit dem Abschluss eines Gesellenbriefes machen. Danach arbeitete ich sieben Jahre lang in diesem Beruf in der Firma KVM-Otto für Kabelverlegemaschinen. Mein Versuch, unter den nur etwa 20

Leuten meiner Firma einen Betriebsrat aufzubauen, scheiterte und endete in mehreren Kündigungen und einem langen Prozess - bis in die dritte Instanz. Meine weiteren beruflichen Chancen reichten nur zur finanziellen Absicherung meiner lohnabhängigen Existenz in diversen kleinen Betrieben oder bei Gelegenheitsjobs.

Einige Jahre konnte ich in dem interessanten Filminstitut WBF in Hamburg zur Erstellung von Schulfilmen arbeiten. Aber auch hier endete die Tätigkeit mit mehreren Kündigungsprozessen.



Auf dem Foto halte ich 1986 eine Rede gegen die militärische Nutzung der Atomenergie beim Atomkraftwerk in Brokdorf

Natürlich folgten auf meine Arbeitsverhältnisse stets längere Zeiten der Arbeitslosigkeit. Ende der 90er Jahren konnte ich für ein Jahr an einer kaufmännischen Umschulung teilnehmen. Sie war zur Befriedigung der vielen DDR-Arbeitslosen von Kanzler Kohl in Szene gesetzt. Am Ende meiner „Karrieren“ habe ich in einem Institut Kindern Nachhilfe erteilt und durfte zu meiner Freude pädagogisch tätig sein. Schließlich organisierte ich selbständig Diavorträge an Volkshochschulen und in Kuranstalten über meine zahlreichen Reisen in Europa und Arabien.

Parteien - Redaktionen - Straßenkämpfe

Wir drei befreundeten Pastoren - Groth, Lechner und Gallmeier - traten wie angekündigt 1975 in den „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) ein und gehörten ab 1980 zu der ihm nachfolgenden Organisation des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK). Für unsere Zeitschriften „Kommunistische Volkszeitung“ und die „Politischen Berichte“ (die bis heute erscheint) verfassten Helmut Lechner und ich vor allem zahlreiche Artikel zu den Machenschaften der Kirche: gegen die Einrichtung der vom Staat eingetriebenen Kirchensteuer und zahlreichen staatlichen Sonder-Zuwendungen in Milliardenhöhe, gegen die Nutzung der Diakonie als religiös gebundene und gewinnbringend eingesetzte Sozialinstitution, die als „Körperschaft des Öffentlichen Rechtes“ ihren Mitarbeitern das Streiken verbieten darf, gegen die die bundesdeutschen Kriegseinsätze stabilisierende Militärseelsorge, gegen die repressiven päpstlichen Erlasse, die

Der Aufbau von PDS und der LINKEN in Norderstedt, im Kreis Segeberg und im Land Schleswig-Holstein erforderte Ausdauer und viel Handarbeit.

Das Foto zeigt mich 2004 beim Anbringen der Plakate zur EU-Wahl in Henstedt-Ulzburg



wichtige soziale und menschliche Emanzipation vor allem auch in der Dritten Welt verhindern. Zurzeit befassen wir uns - auch in Vorträgen - mit dem weltweit agierenden christlichen Fundamentalismus, den man nur allzugern allein dem Islam zuordnet. Eine breite öffentliche Reaktion auf all diese Fragen war jedoch eher selten, gerade auch bei Linken, Sozialisten und Kommunisten. Erst als vor ein paar Jahren der Missbrauch der pädagogischen Vertreter in den kirchlichen Institutionen bekannt wurde, und die Kirche sich borniert gegen eine Aufdeckung, Verurteilung und Entschädigungszahlung wehrte, empörte sich ein großer Teil der Öffentlichkeit und die Kirchenaustritte nahmen zu. Die Gewerkschaft begann, endlich einen Kampf um die Aufhebung des Streik-Sonderrechtes zu führen.

Ab den 90er Jahren baute ich im Kreis Segeberg die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) auf, war auf den zentralen Parteitag lange Zeit Delegierte für den Schleswig-Holsteinischen Landesverband und wurde schließlich 2005 - und danach auch für die neu entstandene LINKE/SH - zu ihrer Landesvorsitzenden gewählt. Zu einer Kandidatur zum Bundestag oder für die Kommunen und Städte des Landes mochte ich mich nicht mehr entschließen. In der PDS und der LINKEN war ich hingegen zehn Jahre lang bis 2014 für die Redaktion der landesweiten schriftlichen Mitgliederzeitung zuständig („Info DIE LINKE.SH“). In meinem Wohnort Norderstedt gab ich außerdem 18 Jahre lang die alternative örtliche Abo-Zeitung „Nadelstiche“ heraus. Natürlich war ich auch in der Gewerkschaft tätig, bei der antifaschistischen, der Anti-AKW- und der Friedensbewegung und unterstützte Organisationen, die zu internationalen und Asylfragen arbeiteten. 1999 konnte ich in Rente gehen mit einer für die BRD üblichen zum Leben nicht ausreichenden Bezahlung, obwohl ich mein Leben lang berufstätig gewesen bin.

Keine Frage, dass ich bis heute weiterhin politisch tätig bin.

Edda Lechner, Norderstedt, 20. November 2016
e-Mail: Edda.Lechner@wtinet.de
Tel: 040 - 522 35 67